

Grundsatzprogramm
Erweiterung I

***Eine fortlaufende Evolution der Strukturen
Wirtschaft, Steuern und Arbeit***

Version 0.49

Stand 7.3.08

Federführender Autor: Otmar Sch.-G.

Anmerkungen:

Änderungen und „Steuern Vers. 0.2“ von Andreas P. eingearbeitet

Versionsgeschichte/Roadmap:

0.1 Sichten, lesen, speichern

0.2 Sortieren und Form

0.3 Grundsätze, Kerngebiet angerissen

0.35 kleine Überarbeitung

- Kap. III anders strukturiert

- Titel angepasst: „Steuern“ gestrichen. Ist ein separates Thema, wird nur im Rahmen der Abgaben erwähnt und erschwert ein verabschieden unnötig.

- „gesellschaftliche Verflechtung über Steuern und Abgaben“ abgearbeitet

0.39 0.5 vorgezogen

0.4 Subventionen und Arbeitsmarkt eingefügt

0.45 interne Anlage geschrieben (kein Bestandteil von Vers. 1.0; noch unfertig)

0.46 „Steuern“ wieder eingefügt – Andreas Popp hat Vorlage erarbeitet; seine Version 0.2 eingearbeitet;

Gliederung angepasst

0.49 vollständige Überarbeitung; Gliederung anpassen

0.5 an ein paar Bekannte verschicken

0.6 Änderungen eingefügt, Rest

0.7 Korrekturlesen lassen?

0.8 Wiki/Mailing-Listen

0.9 Änderungen eingearbeitet

1.0 Antrag zum BPT eingereicht

Vorbemerkungen

Grundsatzprogramme sind keine Wahlprogramme. Sie enthalten mehr grundsätzliche Ausrichtungen und Ideale (Ideologien) als konkrete Forderungen. Um der breiten Ausrichtung der Piratenpartei gerecht zu werden bedarf es eines Programmes welches die ganze Bandbreite zwischen Wirtschaftsliberal und Sozialismus abdeckt bzw. möglich macht. Ich habe versucht die bisherigen Ansätze der Partei so gut wie möglich zu transponieren. Eine Sichtung der Parteiprogramme anderer Parteien mit einer Notierung der möglichen Punkte und aussortieren der für uns nicht in Frage kommenden Einschränkungen hat noch etwas Stoff erbracht für die Vergleichbarkeit. Ich empfehle einmal das Studium der Programme zum Thema (siehe Literaturverzeichnis am Ende). Man verliert dabei an Respekt davor, denn es sind oftmals schlicht aufgeblähte und inhaltsleere Texte mit ideologischem Füllmaterial. Trotzdem es kein Wahlprogramm ist habe ich z.T. Formulierungen integriert, welche eine Zwischenlösung darstellen. Es macht das ganze etwas gehaltvoller denn z.B. die Globalisierung wirkt noch ein paar Jahrzehnte und ist auch nicht von kurzfristiger Bedeutung.

Ich habe versucht den Mittelweg zu zeichnen – das abwägen zwischen Selbstverantwortung und staatlicher Absicherung. Daher wird im folgenden wo möglich auf jede wirtschaftsideologische Prägung verzichtet und darauf hingewiesen, das man im Einzelfall nach dem Sinngehalt fragen muss. Wie die im Grundgesetz verankerten Grundrechte konkurriert individuelle Freiheit mit den sozialen Notwendigkeiten. Das soll der Grundtenor sein.

Inhaltsverzeichnis

I. Wirtschaft, Steuern und Arbeit – *eine fortlaufende Evolution der Strukturen*

- Wirtschaft besteht aus den Menschen und ist kein Selbstzweck
- Ein Konsens von Freiheit, Individualismus und sozialem

II. Urheber- und Patentrecht

III. Arbeitsmarkt, Steuern und Abgaben

- Arbeitsmarkt
- gesellschaftliche Verflechtung über Steuern und Abgaben

IV. Monopole und Infrastruktur

V. Haushalt und Steuern

- Transparenz der Erhebung
- Transparenz der Verwendung
- Staatshaushalt

VI. Subventionen

I. Wirtschaft, Steuern und Arbeit – eine fortlaufende Evolution der Strukturen

Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Wirtschaft denn diese besteht aus ihnen, dient der Wohlstandsmehrung und ist kein reiner Selbstzweck. Der Mensch ist zweierlei – ein Individualist und ebenso ein Teil der Gemeinschaft der sowohl Freiheiten benötigt als auch aus eigenem Antrieb soziales Verhalten an den Tag legt. Somit kann auch die Wirtschaftspolitik und die Politik an sich nicht im Lichte einer Fragestellung gesehen werden ob man eher auf Individualismus oder mehr auf staatliche Fürsorge abzustellen hat. Vielmehr muss die Fragestellung lauten wie man die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bürger in einem Gesamtkonzept zusammenführen kann.

Somit ist gegeben, das weder ein alleine auf den Individualismus abgestelltes Wirtschaftssystem, bei welchem das Recht des Stärkeren zählt noch ein System welches den Individualismus von Amts wegen zu sehr beschränkt um Gleichheit herstellen zu können den richtigen Weg darstellen kann. Zwischen diesen Extremen welche dem Menschen als solchen nicht wirklich gerecht werden können gibt es ein sehr breit gefächertes Feld von Möglichkeiten. Alfred Müller-Armack hat zu der von ihm formulierten "Sozialen Marktwirtschaft" einst gesagt sie sei der "dritte Weg" - ein eigenständiges Konzept abseits der bekannten Ideologien. Dieser Weg der nur ein Teil der Möglichkeiten beschreibt soll uns als Ausgangspunkt für Überlegungen dienen jedoch ohne Festlegung darauf, denn es gibt sicherlich viele Ansatzpunkte dieses noch viel zu enge Korsett weiter zu verbessern. Die Wirtschaft ist ein Teil der Gesellschaft und somit ist eine Weiterentwicklung auch nur über eine differenzierte, ganzheitliche Abwägung der verschiedenen gesellschaftlichen und individuellen Interessen möglich. Die Piraten wollen Sichtweisen welche die konträre Interessen von Wirtschaft und Gesellschaft in den Vordergrund gestellt sehen und auf Polarisierung aus sind verändern. Wenn dies gelingt haben wir eine Basis welche eine echte Evolution der Strukturen ermöglicht. Grundsätzlich kann es nur um eine Wohlstandsmehrung für alle Bürger gehen – und die Wirtschaft ist dabei auch nur ein Aspekt, wenn auch ein sehr wichtiger, welcher bei einer ganzheitlichen Betrachtung des gesellschaftlichen Wohlstandes eine Rolle spielt.

II. Urheber- und Patentrecht

Das Urheberrecht und vor allem auch das Patentrecht müssen den Gegebenheiten und Erfordernissen der Wirtschaft in der Neuzeit angepasst werden. Innovation ist ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft und die Wohlstandsmehrung und darf nicht gehemmt werden durch künstliche Monopole. Einst wurden Patente als einen Tausch der Gesellschaft gegen die Freigabe von Wissen eingeführt und um Erfindungen zu beschleunigen. Die Zeiten ändern sich jedoch – und mit ihnen auch die Verfügbarkeit von Kapital, die benötigte Zeit für eine Entwicklung, die Fertigstellung und schlussendlich die weltweite Verbreitung. Im 21. Jahrhundert ist die Laufzeit von Patenten ein Hinderungsgrund für Entwicklungen. Und nicht nur das, denn Monopolsituationen führen auch zu Verzerrungen der Einkommens- und Gewinnstrukturen. Viele kleine und mittelständische Betriebe sehen sich zudem aus kosten- und wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht mehr in der Lage ein Patent zu beantragen oder mögliche Streitigkeiten durchzustehen. Somit wird der Sinn den Patente einmal hatten weiter durch die Wirklichkeit unterlaufen.

Diese Monopolrechte müssen auf einen Prüfstand kommen und nach sinnvolleren Alternativen Ausgestaltungsmöglichkeiten gesucht werden. Dies kann den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern – eine Eigenschaft welche oft nur einer restriktiven Ausgestaltung des Immaterialgüterrechtes zugesprochen wird.

III. Arbeitsmarkt, Steuern und Abgaben

Arbeitsleistung erhöht den Wohlstand aller. Daher ist es ein Makel den eine Wirtschaft bzw. eine Gesellschaft aufweist, wenn dauerhaft vielen welche solch eine Leistung gegen Entgelt erbringen wollen dieses nicht ermöglicht werden kann. Hierbei steht nicht im Vordergrund das hier der Staat als Arbeitgeber auftreten soll, sondern er hat zuvorderst die Aufgabe wahrzunehmen, das die Rahmenbedingungen für eine Arbeitsaufnahme auch entsprechend gesetzt sind.

Das Regelwerk der Steuern und Abgaben sowie die zwischenzeitlichen Folgen der Globalisierung stehen einer Aufgabenerfüllung dieses Auftrages oftmals entgegen. Die Jahre nach dem sog. deutschen Wirtschaftswunder bis heute haben aufgezeigt, das es notwendig ist das Regelwerk den Gegebenheiten anzupassen. Gleichzeitig muss man sich darauf vorbereiten das die Globalisierung in der Zukunft weitere Änderungen mit sich bringen wird. Die Zeit bleibt auch hier nicht stehen und so wie das Weltgeschehen in bestimmten Branchen heute für einen Überschuß an Arbeitskräften gesorgt hat wird es in einer Zukunft in welcher der asiatische Kontinent sich rasant entwickelt und angepasst haben wird wiederum notwendig sein die Strukturen in Deutschland anzupassen.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt als solches darf ebenso wie die Wirtschaft im gesamten nicht als einen isoliert zu betrachtenden Faktor aufgefasst werden. Die dort zu erzielenden Löhne und auch der Arbeitsmarkt an sich hängen auch sehr stark von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten welche die Bürger haben ab. So haben die Bedürfnisse nach Sicherheit, Erziehung und Pflege über Umlageverfahren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Es muss aktiv eine flexible Politik betrieben werden um denjenigen welche eine Arbeitskraft anbieten die Chance zu einer fundierten, qualifizierten Aus- und Weiterbildung zu geben welche nicht durch bürokratische und finanzielle Hürden bestimmt wird. Wir wollen die Abgabenstruktur in Deutschland so gestalten, das es den Bürgern möglich ist über eine Arbeitsleistung einen einträglichen Lohn zu erhalten. Wir halten es für die Aufgabe des Staates sich selbst in der Pflicht zur Erreichung dieser Ziele zu sehen und nicht für das Verfehlen desselbigen Arbeitslose verantwortlich zu machen. Entsprechend verantwortungsvoll muss der Umgang sowohl mit der arbeitenden als auch der nicht in Lohnarbeit stehenden Bevölkerung ausgestaltet sein.

gesellschaftliche Verflechtung über Steuern und Abgaben

Auch und gerade im Abgabensystem wird deutlich, das man Wirtschaftspolitik nicht ohne eine Sicht auf das ganze sinnvoll gestalten kann. Jede Änderung welche in diesen Systemen durchgeführt wird hat unmittelbare Auswirkungen den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft. Ausschließlich die Lohnkosten zu betrachten und deren singulare und theoretischen Auswirkungen für die Wirtschaft ist hierbei nicht zielführend. Ohne einen Paradigmenwechsel in Gesellschaft und Politik hin zu einem Umfeld in welche man gerne Nachwuchs großzieht ohne Ängste existenzieller oder gesellschaftlicher Natur haben zu müssen werden wir vor große Aufgaben gestellt. Wir müssen uns vor Augen halten, das der demographische Umbruch welcher uns bevorsteht die Finanzierung der Rentenversicherung und auch der Pflegeversicherung in der derzeitigen Form immer weiter gefährdet. Das Spannungsverhältnis zwischen dem benötigten Kapital in diesen Versicherungszweigen und den Lohnkosten wird weiter zunehmen und dieses gerade bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Man muss hier umdenken und den Sozialstaat als soziale Wertegemeinschaft nicht alleine über Lenkungssteuern oder degressiv wirkende Verbrauchssteuern ad absurdum führen. Die Frage der Finanzierung der Sozialversicherung darf nicht zu einem Instrument für das durchsetzen von Klientel-Interessen werden sondern bedarf einer vorausschauenden und zukunftssicheren Planung. In diesem Zusammenhang denken wir auch über einen Umbau hin zu einer vermehrt steuerfinanzierten und nahezu bedingungslosen Grundrente nach. Die Absicherung gegen Armut im Alter ist eine Aufgabe welche der Staat schon seit längerem zu übernehmen hat und eine sinnvollere Korrektur bei der Erhebung des dafür notwendigen Mittel wird auf dem Arbeitsmarkt zu spüren sein und somit der

ganzen Gesellschaft mehr Wohlstand bringen können. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik dürfen und können hier kein Widerspruch in sich sein. Auch adäquate Arbeitsmöglichkeiten im Alter werden hierbei vermehrt eine zu beachtende Rolle spielen. Wenn der Staat schon lenkende Aufgaben wahrnimmt und in das Geschehen eingreift hat er dieses auch so zu gestalten, das er sowohl auf dem sozialen als auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet den Anforderungen gerecht wird. Am Ende ist die Folge falschen Handelns immer, das es weder Erfolge noch einen Wohlstandsgewinn zu verzeichnen gibt.

IV. Monopole und Infrastruktur

Sowohl in der Gesellschaft als auch in der Wirtschaft existieren vielerlei Machtkonzentrationen durch monopolartige Strukturen. Diese können natürlicher, künstlicher oder auch struktureller Natur sein. Der Umgang mit diesen ist eine zentrale Aufgabe und Fragestellung in der, bedeuten Monopole doch auch eine Änderung der Kapitalströme und wirken sich auch auf Erträge und Lohnstrukturen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen aus. Nicht überall lassen sich jedoch diese Monopolsituationen auflösen.

Zu den hoheitlichen Aufgaben des Staates im Auftrage der Bürger zählt sicherlich, das speziell auch künstliche Monopole sowie Infrastrukturmonopole sorgfältig darauf untersucht werden, ob ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft sich in einem vertretbaren Maße bewegen bzw. ob die gesetzlichen Rahmenbedingungen den Erfordernissen genügen. Insbesondere dürfen Monopole nicht der Marktwirtschaft schaden oder die gesellschaftlichen Bedürfnisse wie soziale Kontakte oder die Kommunikation sowie das Erlangen von Wissen in einem nicht zu vertretenden Maße behindern. Vielmehr muss man darauf achten, das schädigende Monopolsituationen entschärft werden. Das jeweilig einzusetzende Mittel – ob das Auflösen eines Monopols wo möglich, die Beschränkung des selbigen oder auch ein abmildern der Folgen in Frage kommt ist nur für jeden einzelnen Fall zu entscheiden.

Besonderes Augenmerk legen wir hierbei auf die künstlichen geschaffenen Monopole durch das Urheber- und Patentrecht sowie wichtigen Elementen der Infrastruktur wie beispielsweise dem Schienennetz, dem Energiesektor und auch dem Telekommunikationsnetz. Hierbei ist darauf zu achten, das die Versorgung der Bürger und die Nutzungsmöglichkeiten durch den Bürger sichergestellt wird.

V. Haushalt und Steuern

Steuern sind das wichtigste Anreiz- und Finanzierungsinstrument des Staates. Dennoch stellen Steuern zuvorderst eine Belastung für den Einzelnen dar und sind deswegen ein Mittel dar welches mit großem Verantwortungsbewusstsein einzusetzen ist. Steuererleichterungen müssen stets auf einem soliden Konzept zur Gegenfinanzierung beruhen, Steuererhöhungen müssen verhältnismäßig und angemessen sowie der Einsatz der Mittel sinnvoll und vor allem effektiv und gerecht sein. Steuern dürfen kein wenig effizienter Spielball für Parteien und anderer Gruppen werden um deren singulare Interessen durchzusetzen.

Transparenz der Erhebung

Eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben und zur Steigerung der Akzeptanz von Steuern durch die Bevölkerung ist ein transparentes Steuersystem. Bei der Besteuerung von privaten Einkommen ist besonderer Wert auf diesen Grundsatz zu legen. Undurchsichtige und schwer verständliche Steuerregelungen sind nur denen zuträglich, welche sich gut bezahlte Spezialisten leisten können oder auf illegale Weise ihre Steuerlast senken wollen. Der Staat hat deshalb bei Ausnahmeregelungen nur solche zuzulassen welche sowohl durch ihr Volumen, als auch durch ihre Messbarkeit, vom Bürger klar nachvollziehbar sind.

Transparenz der Verwendung

Der Grundsatz der Transparenz ist nicht nur bei der Erhebung, sondern auch bei der Verwendung von Steuern zu wahren. Jeder Bürger muss dabei in der Lage sein, die Ausgaben des Staates zu kontrollieren. Dies schließt nicht nur die Haushalte aller öffentlichen Kassen ein, sondern auch die Verwendung auf unterster Ebene, das heißt bei Behörden und öffentlich-rechtlichen Institution die durch Steuern und Abgaben der Bevölkerung finanziert werden. Mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattete kompetente Kontrollorgane als Ansprechpartner für Fragen und Beschwerden der Bürger sind hierfür ebenfalls notwendig und werden zu einer Minimierung von Fehlleistungen beitragen. Nur in Ausnahmefällen, in denen das Interesse der Allgemeinheit an einer Geheimhaltung höher zu bewerten ist als das auf Transparenz darf von diesem Grundsatz abgewichen werden.

Staatshaushalt

Die Organe des Staates haben bei der Verwendung von Steuergeldern umsichtig und verantwortungsvoll zu handeln. Dies schließt ein nachhaltiges Haushalten ein, da die Folgen einer Staatsverschuldung in Form von Zinsen und Tilgungsraten ebenfalls durch den Steuerzahler getragen werden müssen. Der Aufbau von Verbindlichkeiten ist ein Abwälzen von Lasten auf nachfolgende Generationen und als solches grundsätzlich abzulehnen. Dies insbesondere dann, wenn die Aufnahme von Krediten nicht gleichzeitig dazu führt die spätere Erwirtschaftung der Tilgungsraten zu erleichtern oder zu gewährleisten. Vorhandene Schulden sind abzubauen. Das Ziel dem alle staatlichen Organe verpflichtet sind ist die Schuldenfreiheit des Staates, sowie langfristig ausgeglichene öffentliche Haushalte. Dennoch lässt sich in bestimmten Situationen die Aufnahme von Staatsschulden möglicherweise nicht vermeiden, insbesondere in Zeiten schlechter wirtschaftlicher Entwicklung. In diesen Situationen ist eine Planung von Neuverschuldung im Staatshaushalt zulässig, allerdings müssen Höhe und Voraussetzungen gesetzlich genau vorgegeben sein. Dabei sind nicht nur die Vorgaben durch das Grundgesetz, die Landesverfassungen und der EU-Verträge einzuhalten, sondern eine genaue und bindende Planung für den Wiederabbau der Verschuldung obligatorisch. Langfristig ist ein Ausgleich von Konjunkturschwankungen oder ähnlichen Risiken durch Rücklagen des Staates anzustreben, da der Staat mit Rücklagen nicht nur zusätzliche Mittel für Krisenzeiten sparen kann, sondern diese auch in Form zinsgünstiger Kredite oder kurzfristigen Eigenkapitals als Subventionsinstrument verwenden kann.

VI. Subventionen

Es gibt vielerlei Subventionen Deutschland- und auch EU-weit. Jede Subvention hat zur Folge, dass sich die daran beteiligten Organe in Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaft darauf einrichten. Es ist hierdurch zwar leicht eine Subvention zu beschließen aber ungemein schwierig folgenlos eine Subvention wieder abzuschaffen. Es gibt wichtige und notwendige staatliche Unterstützungen für Wirtschaft und Gesellschaft aber zu selten und zu inkonsequent werden Überprüfungen derselben durchgeführt. Dies führt zu unnötigen Fehlallokationen von Geldern welche entweder an anderer Stelle besser eingesetzt oder in Gänze eingespart werden könnten. Die Piratenpartei Deutschland will dafür Sorge tragen, dass vor der Einführung von Subventionen und subventionsähnlichen Maßnahmen eine bessere und umsichtigere Planung stattfindet.

Anlage 1

Berücksichtigt / noch in Arbeit:

I. Implementierung spaltet zu sehr/ist zu kontrovers/ oder ein no-go / Antwort wird offen gehalten

- Mindestlohn (ist kein Thema für ein Grundsatz-Programm und zu kontrovers)
- Bedingungsloses Grundeinkommen (siehe dazu auch unter röm. II zu „Hartz IV“; indirekte Berücksichtigung der theoretischen Möglichkeit durch den Querverweis der Auswirkungen von Pflegeversicherung etc. welches bei jedem GE-Modell eine Grundlage ist)
- Sozialismus (nicht per se unmöglich gemacht – imho aber kein Ziel)
- Arbeitszeitverkürzung (steht u.a. im SPD-Programm; unnötiger Ballast und nicht eindeutig positiv zu bewerten)
- Grund und Boden (SPD-Programm... haben sogar eine „Bodenwertzuwachssteuer“ drin. Was immer das darstellen soll – wir haben schon Grunderwerbssteuer und Spekulationssteuer welche Beide wertabhängig sind).
- Weltwirtschaft – die Grünen machen einen Spagat und wollen alles. Kontrolle, markt, Tobin-Steuer, kein Protektionismus .. aber nur so lange es nicht schadet usw.. Widersprüchlicher geht's nicht mehr – ungläubwürdig. Müssen wir nicht haben.
- „Reform des Arbeitsmarktes“ (ein ausgelutschter no-go aus dem CDU-Prog.)
- „Vollbeschäftigung“ – ein no-go (im SPD-Programm enthalten; siehe dazu auch unter röm. II zu „Hartz IV“;)
- Kündigungsschutz u.ä. (liberal-sprech; unnötig ggs. nicht sinnvoll und auf jeden fall ein no-go)
- Mitbestimmung/Gewinnbeteiligung/Anteilsbeteiligung usw. (als Forderung wohl eher kontrovers; das sind Phrasen bei welchen nie jemand vor oder die Möglichkeit hat oder hatte dies durchzuziehen – ein Sinn ist dabei auch zweifelhaft; Tendenz weglassen.... haben imho die SPD, die Grünen und sogar die FDP drin, das ganze wirtschaftspolitische Spektrum --- wenn sich doch alle einig sind müsste das schon längst Fakt sein; **lol.** ich glaube wir müssen uns nicht lachhafter Weise dem auch noch anschließen; selbst wenn wir dafür sind oder wären. Wenn nötig lieber andere darauf festnageln.)

(nach kurzer Beratung hierher verschoben und gegen eine Implementierung entschieden) :

- Gewerkschaften (obligatorisch?; hat praktisch jedes Programm zu bieten – kann ggfs. in einem Satz abgehandelt werden ohne den ausschweifenden und hohlen Pathos anderer Programme; Widerstand in der Partei? Weglassen? FDP spricht sich indirekt gegen die Gewerkschaften/Tarife etc. aus);
- Vermögens- und Erbschaftssteuer; das Wort „Gerechtigkeit“ gefällt mir hierbei nicht. Es gibt ein Problem bei der vererbenden Generation welche Firmen hinterlässt (Schulden/Pleite um die Steuer zahlen zu können); ungelöst/unnötig – vermutlich weglassen (was es weder ausschließt noch einschließt); Update: „Steuern“ inzwischen ausgegliedert und somit nicht mehr aktuell. Update2: Steuern wieder dabei (macht Andreas) – trotzdem für weglassen entschieden.
- Außenhandel/internationales – wischiwaschi blabla bei anderen Parteien oder auch Mal gar nichts. Der Sinn erschließt sich mir nicht.
- EZB/Monetarismus (eine Glaubensfrage – 10 Professoren 10 Meinungen; weglassen)

II. Berücksichtigt ohne konkrete Ausformulierung

- Art der Veränderung von Steuern und Abgaben. Formulierung wurde so gewählt, das es mehr oder weniger Abgaben oder keines von Beidem (Umgestalten) bedeuten kann. Die Notwendigkeit einer Änderung wird jedoch herausgestellt.
- Subventionen. Auf die allseits sehr beliebte Formulierung „Abbau von Subventionen“ habe ich bewusst weggelassen. Das ist eine ausgelutschte, nichtssagende no-go-Formulierung unter der auch noch jeder etwas anderes versteht. Die CDU schreibt gar der Staat müsse sich bei Subventionen zurückhalten (das ist fast zynisch).
- „HartzIV“ ... ist natürlich so kein Thema für ein *Grundsatz*programm (welches ein Gesetz überdauern sollte; für so etwas ist ein Wahlprogramm da). Ich habe aber vermieden eine *Arbeitspflicht* zu implementieren und absichtlich nur davon gesprochen, das der Staat die Rahmenbedingungen zu setzen hat damit jeder, der Arbeiten *will* dies auch *darf*. Das schließt zwar HartzIV nicht per se aus, befürwortet es aber auch nicht. Ebenso wird der „verantwortungsvolle Umgang“ auch mit Arbeitslosen sowie die Pflicht des Staates die Rahmenbedingungen korrekt zu setzen angemahnt. Die SPD spricht in ihrem Programm von „Vollbeschäftigung“ – eine Grundannahme und ein Baustein der Daseinsberechtigung für Hartz IV (als

„Arbeitspflichtprogramm“). Das lasse ich heraus. Es ist eine unhaltbare Grundannahme, ein unhaltbares Ziel – ein Idealfall wenn ausreichend Arbeit vorhanden ist, die Rahmenbedingungen stimmen und alle auch arbeiten wollen (Vulgo: unmöglich).

III. Berücksichtigt mit konkreter Nennung

- Auswirkung von Pflegeversicherung, Polizei, Kindergärten usw. auf den Arbeitsmarkt. Das ist nötigenfalls ausbaufähig und gehört zu einer sozialen Marktwirtschaft dazu (für Zweifler: imho nachlesbar bei Müller-Armack).
 - steuerfinanzierte Grundrente als Überlegung
 - keine Insellösung der Sozialversicherung über degressiv wirkende Verbrauchssteuern
- Nun doch drin – (u.a. „Transparenz“ als Piratenziel (Andreas)):
- „einfacheres und transparenteres Steuersystem“ (ebenfalls ausgelutscht – hat von Bierdeckel-Merz bis zu den Grünen auch jeder schon mal im Munde geführt – FDP sowieso)
 - Staatsfinanzen; SPD hat gar die Verschuldung bei schlechter Wirtschaftslage drin (defizit Spending) – die liberalen sind für das Sparen. Ausgeglichenen Haushalt wollen (meine Präferenz)?
 - Monopole/Infrastrukturmonopole

IV. In Pipeline (noch ohne Entscheidung)

-
- ökologische (Markt-)Wirtschaft ; haben Grüne wie auch die FDP.... der Terminus ist mir zu plakativ, die Inhalte klingen geschwollen/gestreckt („hauptsache was davon drin“). Mir reichen dafür ein, zwei Sätze, das wir das für selbstverständlich halten.
- „ostdeutsche Wirtschaft“ (?); obligatorisch oder einfach albern als sep. Punkt?; Kyra dafür – Andreas für etwas wie „Förderung wirtschaftsschwacher Gebiete“ um andere auch einzuschließen. Klingt auch gut, Beides möglich
- Verbraucherschutz (obligatorisch?; wiederum fast alle Programme – bin für die 1-Satz-Lösung... abschreckendes Beispiel ist das SPD-Programm mit einer Punkte-Liste)

Ein Paar Fundstücke zum Schluss:

- *mehr Erfolgs- und Kapitalbildung der Arbeitnehmer* (CDU-Kurzprogramm; was ist bitte eine „Erfolgsbildung“ eines Arbeitnehmers?)
- *Wir sind gegen eine Re-Nationalisierung der Märkte, auch gegen einen europäischen Protektionismus, der die Gefahr von Handelskriegen in sich birgt und die weniger entwickelten Volkswirtschaften mit Schutzzöllen ausschließt. Wir bejahen einen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte, der nicht zu Lasten der jeweiligen Sozialsysteme und der Umwelt geht.* (B90/Grüne: „wir finden die eierlegende Wollmilchsau welche nichts kostet gut“ – finde ich auch ☺)
- *Unser Ziel ist es, dass auch Beziehern niedriger Löhne und Gehälter aus einer legalen Beschäftigung ein existenzsicherndes Einkommen zuwächst. Es muss gelten: Wenn man arbeitet, muss man mehr haben, als wenn man nicht arbeitet.* (CDU-Kurzprog. – einfach Mal so dahingeschrieben.....ob Pofalla wohl ergänzendes HartzIV bekommt? :/)

Anlage 2 (Literaturverzeichnis):

Synopse CDU – SPD-Programme (06):

<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/070706-synopse-aktuell-2.pdf>

SPD-Programm (berliner Programm):

http://www.spd.de/show/1682028/spd_berlinerprogramm.pdf

CDU-Programm (kurzfassung):

<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/080215-grundsatzprogramm-kurz.pdf>

Grüne:

http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf

FDP (Wiesbadener Grundsätze):

<http://www.fdp-bundespartei.de/files/363/wiesbadg.pdf>